Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 48. **Dienstag, den 22. April 1930.** **33. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Alsbald nach den Osterfeiertagen beabsichtigt der französische Außenminister Briand einen Fragebogen über seine Idee des europäischen Zusammenschlusses an die Staaten zu versenden.

* Schwere Unwetter in Bayern und auch in anderen Ländern haben großen Schaden verursacht.

* Der verhaftete Kaufmann von Wilanowitz-Möllendorff hat ein Geständnis dahin abgelegt, die Vorbereitungen zu den Attentatsversuchen in Oldesloe und Neumünster geleitet zu haben.

* Bei einer Brandkatastrophe in einer rumänischen Dorfkirche fanden 100 Menschen den Tod.

Bedrohliche Klippen.

Schon bald nach Ostern wird es politisch wieder „losgehen". Denn kurz vor den Feiertagen hat sich noch allerhand ereignet oder vorbereitet, was nach schneller Erledigung drängt. Und was Stoff genug für mehr oder minder scharfe Auseinandersetzungen abgeben wird. Man braucht nur anzudeuten: Panzerkreuzerfrage, deutschnationale Vorstandssitzung, Streit um den Etat. Aber auch außenpolitische Konfliktsstoffe sind zur Genüge vorhanden: Handelsvertrag mit Polen, das jetzt beim Völkerbund in Genf gegen die jüngsten deutschen Zollerhöhungen auf Agrarerzeugnisse protestiert hat, außerdem die nun schon fast ein halbes Jahr währenden, einer Entscheidung entgegenstrebenden Verhandlungen über das Saargebiet.

Das zeitlich nächstliegende Ereignis ist die zum Freitag nach Ostern einberufene Vorstandssitzung der Deutschnationalen Volkspartei. Man will offenbar ein Weiterschwären der Krise — deren Vorhandensein von keiner Seite bestritten wird — irgendwie verhindern. Für oder gegen den bisherigen Führer und den von ihm im Reichstag wie außerhalb verfochtenen und verfolgten politischen Kurs, Haltung der Partei bzw. der Reichstagsfraktion gegenüber der Regierung Brüning, Stellung zum Reichslandbund und noch einiges andere, mehr Persönliche dürfte Gegenstand von Auseinandersetzungen sein, die für die Zukunft der Partei selbst, darüber hinaus aber auch für die Weiterentwicklung der innenpolitischen Lage in Deutschland von großer Bedeutung sein werden. Die Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat unter Führung des früheren Parteivorsitzenden Grafen Westarp bei den Abstimmungen im Reichstag dem jetzigen Parteivorsitzenden und seiner Politik die Gefolgschaft versagt —, irgendwie muß es also zur Austragung dieser Differenz kommen, und zwar auch dann, wenn nach außen hin dieser Riß sich wieder schließt. Glaubt man doch im Reichstag selbst nicht mehr daran, erst im Frühling 1932 des „natürlichen Todes" nach vierjähriger Lebenszeit sterben zu können. Droht doch in allernächster Nähe schon die Klippe der Panzerkreuzerfrage, an der das Reichstagsschiff nur sehr schwer vorbeikommen wird.

Und noch eine andere Klippe liegt im Fahrwasser: der deutsch-polnische Handelsvertrag. Hierüber trennen sich die Meinungen auch in der Mehrheit, von der das Kabinett Brüning in den Sattel gehoben wurde. Daß Polen, wo übrigens die Volksvertretung sich gleichfalls noch nicht mit der Ratifizierung des Handelsvertrages befaßt hat, jetzt unter Berufung auf das Abkommen der Genfer Zollkonferenz und der darin beschlossenen Innehaltung bzw. Nichterhöhung der bisherigen Zölle beruft, ist kaum als eine Bedrohung der Handelsvertragsabmachungen mit Deutschland aufzufassen: denn die neuen deutschen Zollerhöhungen berühren den Warenaustausch zwischen Deutschland und Polen nur wenig. Im übrigen geht Polen zollpolitisch in vieler Beziehung sehr viel weiter als Deutschland und hat außerdem in der Zeit vor der Genfer Zollkonferenz und noch während dieser seine Zölle sogar bis zum Einfuhrverbot für bestimmte Warengruppen gesteigert, Bestimmungen, die übrigens von Deutschland in dem Entwurf des Handelsvertrages mit Polen anerkannt worden sind. Gerade hierin liegt auch der Grund für den Widerstand, der in manchen deutschen Kreisen dem Vertrag entgegengebracht wird.

Ein derartiger Widerstand hat sich auch schon geltend gemacht gegen den Verlauf, den die Saarverhandlungen zu nehmen scheinen. Trotz ihrer vielmonatigen Dauer ist man aber zu grundlegenden Beschlüssen noch nicht gekommen, denn — jeder Tag arbeitet für Deutschland. Bekanntlich müssen wir den Franzosen die Kohlengruben im Saargebiet wieder „abkaufen" und der Preis hierfür wird von einer gemischten Sachverständigenkommission festgesetzt werden. Aber der eigentliche Streitpunkt liegt darin, daß Frankreich das Saargebiet zollpolitisch in dem bisherigen Zustand bis 1935 belassen wissen will, also als einen Teil des französischen Zollgebiets begleitet von einer Reihe von Bevorzugungen, die die Ausfuhr saarländischer Waren nach Deutschland erfährt. Und dann, nach 1935, soll Frankreich für Exporte nach dem Saargebiet gleichfalls eine zollpolitische Vorzugsbehandlung erhalten, ähnlich jener, die unsern westlichen Nachbarn bis zum 10. Januar 1925 eingeräumt war: Eine Durchbrechung der deutschen Zollhoheit also, der vorläufig von den Vertretern Deutschlands noch energisch widersprochen wird, ebenso wie dem französischen Verlangen, gewisse Verträge lothringischer Kohlenbergwerke über „Unter-Tag"-Ausbeutung saarländischer Kohlengruben auf viele Jahrzehnte hinaus in Geltung zu belassen.

Frankreich verlangt also von Deutschland ein weites Entgegenkommen dafür, daß man in Paris grundsätzlich geneigt ist, einer Rückgabe des Saargebiets vor dem 10. Januar 1935 zuzustimmen. Die deutsche Vertretung bei diesen Verhandlungen wird sich aber den Preis sehr genau ansehen, der von Deutschland dafür gezahlt werden soll. Darauf ist jedenfalls nicht zu hoffen, daß bei diesem Endstück der „Liquidierung des Krieges" Frankreich seine Chancen nicht voll ausnützt, vielmehr auch hier nimmt, was es nur immer kriegen kann.

Die Hilfe für den Osten.

Kabinettsbeschlüsse bevorstehend.

Die Vorarbeiten für die in der Regierungserklärung gemäß der Osterbotschaft des Herrn Reichspräsidenten in Aussicht gestellte Ostvorlage sind soweit gediehen, daß das Kabinett alsbald nach Ostern über die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen Beschluß fassen wird. Im Vordergrund werden Maßnahmen zur Erleichterung der Kreditbeschaffung für die Ostgebiete stehen, insbesondere für die Umschuldung landwirtschaftlicher Betriebe, ferner werden Maßnahmen zur Lastensenkung, zur Sicherung der Erhaltung landwirtschaftlicher Betriebe und zur Erleichterung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Osten vorgesehen werden.

Bund zur Reichserneuerung.

Dr. Luthers Rücktritt.

Der Vorstand des Bundes zur Erneuerung des Reiches hat in einer besonderen Sitzung von der Niederlegung des Vorsitzes durch den zum Reichsbankpräsidenten ernannten Reichskanzler a. D. Dr. Hans Luther Kenntnis genommen. Er richtete an Dr. Luther die einstimmige Bitte, den Ehrenvorsitz des Vorstandes zu übernehmen.

Umfang der Arbeiten und Ausdehnung des Bundes über das ganze Reich lassen nach Meinung des Vorstandes für die Zukunft eine gewisse Arbeitsteilung nach sachlichen und regionalen Gesichtspunkten erwünscht erscheinen. Auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden Freiherrn von Wilmowsky wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes für das laufende Jahr Graf von Rödern (Hamburg) gewählt.

Der Zusammenschluß Europas.

Briands Fragebogen.

Der französische Außenminister Briand, der in diesen Tagen sein fünfjähriges Jubiläum als Außenminister begehen konnte, beabsichtigt in einigen Tagen, wenn die Ratifizierung des Young-Planes von allen Beteiligten vollzogen sei, den 26 europäischen Staaten den Fragebogen zu übersenden, den er im September vorigen Jahres als Beitrag zum Thema Zusammenschluß Europas in Aussicht gestellt hat.

Im Augenblick liege ihm, wie mitgeteilt wird, dies sehr eingehende Memorandum, das ganz präzise Fragen enthalte, zur Billigung vor, jedoch werde er vielleicht sogar das Kabinett befragen, bevor er dieses Dokument an die interessierten Mächte absende und es veröffentliche. Briand, der hierbei im Namen seines Landes spreche, müsse natürlich vorsichtiger vorgehen als alle diejenigen, die unbehindert durch politische und sonstige Erwägungen in Wort und Schrift für den europäischen Gedanken eintreten könnten. Nötig sei, daß bereits in diesem Jahre zuständige Delegierte der interessierten Länder eine Zusammenkunft abhalten. Kein Land könne sich ihr entziehen aus dem einfachen Grunde, weil die, die dem Gedanken einer politischen Entente oder einer Föderalpolizei feindlich gegenüberständen, weil ihnen das europäische Statut nicht gefällt, doch ein höheres Interesse an einer wirtschaftlichen Entente hätten.

Die Entscheidung liege, sagt der „Matin", bei den beiden Gruppierungen, die sich in Locarno auf Grund des Sicherheitspaktes zusammengefunden hätten: der geographischen Gruppierung — Deutschland und seine Nachbarn — und der politischen — Frankreich und seine Alliierten. Die Nachbarn Deutschlands seien die Alliierten Frankreichs. Alle zusammen müßten sie in einem politischen und wirtschaftlichen Organismus die Grundlage des neuen Europa bilden, wenn dieses bestehen wolle.

Krise der Ostreparationsfrage?

Keine Lösung.

Die Pariser Blätter sprechen von einer neuen Krise in der Regelung der Ostreparationen. Der Überdruß über die schleppenden Verhandlungen sei bei den französischen, englischen, belgischen und italienischen Delegierten, die seit vier Monaten sich vergeblich bemühten, zwischen den Ungarn und der Kleinen Entente eine Einigung herbeizuführen, sehr groß. Jedesmal, wenn eine Teillösung erzielt worden sei, werde sie immer wieder durch neue von der ungarischen Delegation geschaffene Schwierigkeiten zunichte gemacht. Ungarn lehne jede Konzession ab und wolle auch in Zukunft ein dauerndes Beschwerderecht vor dem Gemischten Schiedsgericht erhalten. Die Lage sei jetzt derart, daß die Delegierten der Kleinen Entente sich bereits mit dem Gedanken befreundeten, auch die bisher schon erzielten Lösungen wieder preiszugeben.

Zum Ausgang der Flottenkonferenz.

Statt Abrüstung Dreimächtepakt.

Statt der erwarteten allgemeinen Abrüstung zur See hat die abgeschlossene Londoner Marinekonferenz nichts gebracht als den bekannten Vertrag zwischen den drei beteiligten Mächten Großbritannien, Amerika und Japan. Der wichtigste, noch nicht veröffentlichte Teil des Vertrages ist die „Sicherheitsklausel", die von Großbritannien, Amerika und Japan unterzeichnet werden wird. Die Klausel gibt jeder der drei Mächte das Recht, ihr Bauprogramm nach angemessener Ankündigung zu erhöhen, wenn ihre Lage durch die Aktion einer vierten Macht bedroht wird.

Die offizielle Zustimmung der amerikanischen Delegation zum britischen Entwurf der Sicherungsklausel erfolgte in Gestalt einer Erklärung des Senators Robinson, worin es heißt: Die sogenannte Sicherungsklausel wird im allgemeinen vorsehen, daß, wenn während der Dauer des Vertrages die Erfordernisse der nationalen Sicherheit einer der drei Mächte nach Ansicht dieser Macht durch die Neubauten einer Nation berührt werden, die genannte Macht den anderen beiden das Maß und die Art der notwendigen Vermehrung ihrer Flotte mitteilen wird. Hierauf haben diese anderen Mächte das Recht, eine entsprechende Vermehrung in derselben Kategorie oder in denselben Kategorien vorzunehmen. — Also mit einem Wort: Möglichkeit der Aufrüstung.

Mitteldeutschland im Reichshaushalt.

Ausbau an der Elbe — Mittel für den Kanal

Der Reichshaushalt sieht für notwendige Bauten in Mitteldeutschland mehrere Posten vor. Für Verbesserung der Elbestrecke im Bezirk des Wasserbauamts Wittenberge sind 200 000 Mark, für den Neubau eines Deckwerks auf dem rechten Elbufer bei Dautzschen im Bezirk Torgau 95 000 Mark angesetzt; 300 000 Mark sind als erster Teilbetrag für den Durchstich des Kurzen Wurfs in der Elbemittellinie am Mazwerder vorgesehen, da der Kurze Wurf wegen der starken Krümmung große Gefahren für die Schiffahrt in sich birgt. Die Gesamtbauzeit ist auf vier Jahre vorgesehen, die Gesamtkosten auf rund 2,5 Mill. Mark. Für die Vollendung des Mittellandkanals sind wieder 18,5 Mill. Mark bewilligt.

Eine Reihe von Mitteln sieht auch der Etat des Reichswehrministeriums vor, so 34 000 Mark für einen Gleisanschluß auf dem Truppenübungsplatz Altengrabow, 127 000 Mark als Schlußbetrag für den Neubau eines Mannschaftshauses in der Rammelsbergkaserne in Goslar und 150 000 Mark für Um- und Ergänzungsbauten in der Enckekaserne in Magdeburg. — Das Finanzministerium schließlich hat u. a. 73 000 Mark für den Ankauf des Finanzamtsgebäudes in Köthen eingesetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300422-10/fragment/page=0001

Die polnische Kampfansage.

Der Protestschritt Warschaus in Genf.

Zu den Genfer Meldungen, wonach der ständige Delegierte Polens, Sokal, an den Generalsekretär des Völkerbundes unter Hinweis auf die Zollwaffenstillstandskonvention eine Protestnote wegen der vom Deutschen Reichstag angenommenen Erhöhungen der Zolltarife gerichtet hat, wird von zuständiger Seite bemerkt:

Bekanntlich ist die Genfer Übereinkunft bisher weder für Deutschland noch für Polen verpflichtend. Die Frist für die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden läuft am 1. November 1930 ab, und erst in einer für die Zeit zwischen 1. und 15. November geplanten Konferenz soll über die Inkraftsetzung des Abkommens entschieden werden. Aber selbst, wenn die Genfer Beschlüsse schon Gültigkeit hätten, würde die polnische Regierung keinen Anlaß zum Protest haben, da der Abkommensentwurf vom 24. März 1930 keine Festlegung auf die bestehenden Zolltarife bedeutet, sondern die Staaten nur zur Mitteilung von Zollerhöhungen anhält, worauf neue Verhandlungen erfolgen sollen.

Überdies bestätigt die Konvention die Handlungsfreiheit der Staaten bei „unvorhergesehenen dringenden Umständen". Von deutscher Seite ist schon bei den Genfer Verhandlungen der Standpunkt vertreten worden, daß Maßnahmen zur Linderung des Notstandes der deutschen Landwirtschaft unter dieses Merkmal fallen.

Zusammenstöße in Indien.

Fünf Todesopfer.

In Chittagong, einem wichtigen Hafen in Bengalen, kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Anhängern Gandhis und der Polizei, in deren Verlauf ein englisch-indischer Feldwebel und fünf Inder getötet wurden. Die Eisenbahnstation und die Waffenlager der Polizei wurden niedergebrannt. Truppen sind in größerer Zahl nach Chittagong entsandt worden. Der Gouverneur von Bengalen, der sich auf dem Wege nach Darjeling befand, ist telegraphisch von den Vorgängen unterrichtet worden, und sofort nach Kalkutta zurückgekehrt.

Nach dem amtlichen Bericht wurden die Eisenbahnstation und die Waffenlager der Polizei von etwa hundert Aufständischen angegriffen und niedergebrannt. Die Eisenbahnangestellten sollen sich einschließlich der Frauen und Kinder in Sicherheit befinden. Polizei und örtliche Hilfstruppen machen den Versuch, die Aufständischen zu umzingeln. Der Generalinspekteur der Polizei hat sich den Truppen angeschlossen. Der telegraphische Verkehr war längere Zeit unterbrochen, konnte aber wiederhergestellt werden. In der Nacht zum 18. April ist etwa 65 Kilometer von Chittagong entfernt ein Eisenbahnzug zur Entgleisung gebracht worden. Die Trümmer der Wagen blockieren die Strecke. Am Freitag wurden in Kalkutta 21 Personen verhaftet, darunter fünf Mitglieder des Provinzial-Kongreßausschusses und sechs Angehörige des Kongreßausschusses für Südkalkutta.

An dem Sturm auf die Waffendepots in Chittagong haben nach den bisherigen Feststellungen etwa sechzig Personen teilgenommen, die sich zum größten Teil in die Berge geflüchtet haben dürften. Die betreffende Gegend wird von Polizeipatrouillen abgesucht. Nach Auffassung der leitenden Behörden in Simla handelt es sich bei den Tumulten in Chittagong um das Unternehmen der bengalischen Terroristenorganisation. Wie aus Bombay gemeldet wird, hat die Polizei an allen Stellen, wo in Verletzung des Monopols Salz hergestellt wurde, eingegriffen und die dabei gebrauchten Geräte vernichtet.

Schluß der Inseratenannahme

vormittags 8 Uhr.

Größere Inserate erbitten jedoch schon tags vorher bis spätestens nachmittags 3 Uhr.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Deutsch-rumänische Wirtschaftsverhandlungen.

Wie aus Bukarest gemeldet wird, hat sich der letzte Ministerrat mit den deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen befaßt. Die Verhandlungen sollen unmittelbar nach den Osterfeiertagen wieder aufgenommen werden. Dem Vernehmen nach beginnen ebenfalls am 24. April in Warschau die rumänisch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Der Führer der rumänischen Abordnung, Generaldirektor Cäsar Petrescu, begibt sich am zweiten Osterfeiertag nach Warschau.

Zollerhöhung für Weizen und Braugerste.

Durch eine am 25. April in Kraft tretende Verordnung wird der Zollsatz für Weizen und Braugerste von 12 auf 15 Mark je Doppelzentner erhöht. Der Zollsatz für Gerste zur Viehfütterung bleibt wie bisher zehn Mark, wenn die Gerste unter Zollsicherung abgefertigt wird.

Neues Geständnis in der Bombenaffäre.

Der im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen von Oldesloe und Neumünster verhaftete Kaufmann von Wilamowitz-Möllendorff hat nach Mitteilung der Polizei nach anfänglichem Leugnen ein umfassendes Geständnis abgelegt. Danach hat er mit anderen Personen den Anschlag in Neumünster tatsächlich ausgeführt. Auch der von der Polizei vorläufig festgenommene Wolfgang Ammermann hat gestanden, daß er dazu ausersehen war, den dritten Koffer mit Sprengstoff, der von dem bei der Firma L. W. Treu und Co. beschäftigten Prokuristen Karl Kienitz aufbewahrt wurde, an einer bestimmten Stelle zur Explosion zu bringen. Kurt Hambrock, Karl Kienitz und Wolfgang Ammermann werden nunmehr dem Gericht vorgeführt werden. Drei weitere Personen, und zwar Adolf Andresen, Oskar Ammermann und Erich Kienitz, die ebenfalls in die Sprengstoffaffäre verwickelt sind, wurden auf freien Fuß gesetzt.

Englandflug des „Graf Zeppelin".

Start am nächsten Sonnabend.

Wie Kapitän Lehmann in einer Unterredung mitteilte, ist der Start des „Graf Zeppelin" zu der geplanten Fahrt nach England auf nächsten Sonnabend, 7 Uhr vormittags, festgesetzt. Da die englische Regierung der Werftleitung in Friedrichshafen die Erlaubnis erteilt hat, auf dem Flugplatz Dardington nördlich von London zu landen, wird „Graf Zeppelin", vorausgesetzt, daß die Wetterverhältnisse es gestatten, dort eine Zwischenlandung vornehmen. Dr. Eckener, der zur gleichen Zeit, von Amerika kommend, in London eintrifft, wird voraussichtlich mit dem Luftschiff nach Friedrichshafen zurückkehren. Die Fahrt geht voraussichtlich über Basel, Besançon und von dort in der Luftlinie nach London.

Schwere Unruhen in Leipzig.

Zwei Polizeibeamte erschlagen.

Zu tumultuarischen Vorgängen, die sich anläßlich des kommunistischen Jugendtages ereigneten, teilt das Polizeipräsidium folgendes mit:

An den Aufmärschen zum kommunistischen Jugendtag beteiligten sich am ersten Ostertag rund 15 000 Personen, die zahlreiche Plakate, Transparente und Fahnen mitführten. In einigen Fällen beschlagnahmte die Polizei Plakate mit aufreizenden Inschriften. Während bei den Umzügen verhältnismäßig Ordnung herrschte, kam es bei der Kundgebung auf dem Augustusplatz, zu der sich auch eine große Anzahl unbeteiligter Zuschauer eingefunden hatte, zu einer

schweren Ausschreitung.

Auf dem Grimmaischen Steinweg versuchten Demonstranten ein Auto, das vom Augustusplatz in den Grimmaischen Steinweg einbog, aufzuhalten und umzustürzen. Es gelang den eingreifenden Polizeibeamten, dem Auto die Durchfahrt zu ermöglichen, doch wurden sie von den nachdrängenden Demonstranten angegriffen und mit Latten, Fahnenstangen usw. geschlagen. Die Polizeibeamten machten von der Schußwaffe und vom Gummiknüppel Gebrauch. Polizeihauptmann Galle wurde durch Schläge und Stiche so schwer getroffen, daß er tot zusammenbrach. Der Polizeioberwachtmeister Karte erlag einige Stunden später seinen schweren Hieb- und Stichverletzungen. Ein weiterer Beamter schwebt in Todesgefahr. Drei Beamte wurden zum Teil erheblich verletzt. In ihrer Notlage gaben die Beamten einige Schüsse ab. Einer der Demonstranten erhielt einen tödlichen Schuß. Außerdem wurden vier Demonstranten verletzt. Sie wurden ins Krankenhaus gebracht. Beim Abmarsch kam es nicht zu besonderen Zwischenfällen.

Der Ostermontag in Leipzig ist nach den bis in die Nachmittagsstunden vorliegenden Meldungen im allgemeinen bis auf gelegentliche Anrempeleien ruhig verlaufen. Am Augustusplatz wurden morgens aufsahrende Streifenwagen der Polizei von Demonstranten belästigt, die sich ihrer Feststellung durch die Flucht in die anliegenden Häuser zu entziehen suchten. Ein Beamter wurde in einem Hause angegriffen. In der Notwehr gab er einen Schuß ab, durch den ein Demonstrant so schwer verletzt wurde, daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Eine Anzahl Personen wurde festgenommen. Die auswärtigen Teilnehmer des kommunistischen Jugendtages haben zum großen Teil bereits in Kraftwagen und mit der Bahn die Rückfahrt angetreten.

Gefängnisstrafen für Deutsche in Polen.

Wegen diplomatischen Hochverrats.

Wegen angeblicher staatsfeindlicher und hochverräterischer Handlungen hatten sich in Bromberg die zehn Führer des aufgelösten Deutschlandbundes für Posen und Pommerellen zu verantworten. Der Prozeß, der mehrere Tage gedauert hatte, hat weit über die Grenzen Polens hinaus Aufsehen erregt. Das Urteil wurde unter ungeheurem Andrang und großer Spannung des Publikums verkündet. Auf Grund des § 129 (Behinderung oder Abschwächung von Gesetzen und Anordnungen mit ungesetzlichen Mitteln) wurden verurteilt: Studienrat Heidelck, Dr. Krause, Dr. Scholz, Schmidt und Dobbermann zu je sechs Monaten Gefängnis, von Witzleben, Jenner, Arendt zu je drei Monaten Gefängnis, Dr. Winkelhausen zu zwei Monaten Gefängnis und Fräulein Seiler zu einem Monat Gefängnis. Wegen Verbrechens gegen § 92 (Diplomatischer Hochverrat) wurden verurteilt: Studienrat Heidelck und Schmidt zu je sechs Monaten Festung. Allen Angeklagten wurden „mildernde Umstände" zugebilligt. Von der Anklage der Spionage und des Hochverrats wurden alle Angeklagten freigesprochen. Den Angeklagten von Witzleben, Jenner, Arendt, Winkelhausen und Fräulein Seiler wurde eine dreijährige Bewährungsfrist gewährt.

Sowohl der Staatsanwalt, der schwere Zuchthausstrafen beantragt hatte, als auch die Verteidigung haben sich das Recht der Berufung vorbehalten.

Recht eindrucksvoll waren die Reden der Verteidiger. Rechtsanwalt Spitzer stellte u. a. fest, daß die Anklage des Staatsanwalts keine Begründung dieser Anklage gebracht hat. Schon die Anklageschrift arbeite mit Dokumenten, deren Identität nicht festgestellt ist. Daß der Deutschtumsbund Verbindung mit Organisationen in Deutschland habe, sei keineswegs ein Verbrechen. Auch der Polenbund in Deutschland unterhalte sehr enge Verbindung selbst zu offiziellen Stellen nach Polen und werde von dort subventioniert. Unter Berufung auf zahlreiche polnische Gesetzesbestimmungen, Anordnungen von Behörden und selbst polnische Gerichtsurteile wies der Verteidiger ferner die vollständige Haltlosigkeit der Auffassung der Anklage in Options- und Ansiedlerfragen sowie der Angelegenheit der deutschen Volksstatistik und Schulmaßnahmen nach. Der Warschauer Rechtsanwalt Smiarowski fragte, warum man denn mit dem Prozeß sieben Jahre gewartet habe, wenn derartig „schwerwiegendes Material" vorliege. Die deutsche Bevölkerung in Westpolen sei an Zucht und Ordnung gewöhnt, und Spionage vertrage sich nicht mit der deutschen Kulturauffassung. Die deutsche Minderheit habe bereits so viele Beweise ihrer Loyalität gegeben, daß die Tatsache nicht gerechtfertigt erscheint, daß heute zehn Angehörige dieser Minderheit auf der Anklagebank säßen.

UNSICHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade-Hädicke

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Man sah es ihm an, daß er durch die Begegnung freudig überrascht war. Nach einigen formell einleitenden Worten fragte er: „Wollen wir nicht noch einen kleinen Umweg machen? Die Hitze fängt bereits an, nachzulassen, und Ilse wird ihre Siesta wohl noch kaum beendet haben. Sie haben also diesmal wirklich keinen glaubwürdigen Grund, um mir einen Korb zu geben," setzte er mit feinem Lächeln hinzu.

Maria erwiderte nichts, bog aber willig mit ihm in einen Seitenweg ein, der erst durch die Felder und dann in großem Bogen wieder nach Hause führte.

„Sie kommen wohl von einem Samaritergange?" fragte er lächelnd, nicht ohne leisen Spott.

„Allerdings," entgegnete sie ruhig, ohne jede Spur von Befangenheit. „Und ich freue mich, daß es mir mit Hilfe von Ilses Freigebigkeit möglich gemacht wird, manchem Armen und Elenden sein schweres Los zu erleichtern."

„Und glauben Sie, daß Sie Dank davon haben werden?" fragte er spöttisch.

„O, auf Dank rechne ich nicht," sagte sie kühl und fügte lächelnd hinzu: „Und doch habe ich eigentlich sogar schon Dank geerntet. Sie sollten nur einmal sehen, mit welchem Jubel mich die vier kleinen Wildfänge des Schneiders Schönen empfangen, so oft sie mich sehen. Weiteren Dank brauche ich nicht."

„Zu diesen Leuten gehen Sie?" fragte er stirnrunzelnd.

„Warum sollte ich nicht zu ihnen gehen?" entgegnete sie verwundert. „Im übrigen ist mir bereits aufgefallen, daß Schönen gegen Sie auch keine liebevollen Empfindungen zu hegen scheint."

Werner lachte verächtlich. „Er sieht wohl nicht mit Unrecht in mir denjenigen, der dafür gesorgt hat, daß er diesmal einen ordentlichen Denkzettel für seine Spitzbübereien erhalten hat."

„Ich hörte, daß nur die große Not ihn zu dem Diebstahl verleitet haben soll," sagte Maria begütigend.

„Ach was: große Not! Der Mann soll bei seiner Arbeit sitzen, anstatt die anderen Arbeiter aufzuhetzen; dann wird er keine Not leiden. Mitleid mit solchen Leuten zu haben, halte ich in der Tat für vollständig unangebracht. Wie soll da eine Besserung erzielt werden, wenn man die Folgen ihres Leichtsinnes von diesen Menschen abwendet?"

Er hatte sich in immer größere Hitze geredet. Maria wollte ihn anfangs unterbrechen, dann aber ließ sie ihn zu Ende reden und hörte mit leisem Lächeln zu.

„Daß der Mann seine Arbeit vernachlässigt haben sollte, glaube ich kaum," sagte sie, „denn er scheint es mit seiner Pflicht gegen die Familie sehr ernst zu nehmen. Und was endlich das Mitleid anbelangt, so meine ich, daß man die Frau und vor allem die schuldlosen Kinder nicht für die Sünden des Vaters büßen lassen darf."

Werner zuckte mit gelangweiltem Ausdruck die Achseln und lenkte das Gespräch auf ein anderes Thema über —

Als sie sich der Villa näherten, kam ihnen der Reitknecht des Landrates mit allen Zeichen der Aufregung entgegen und bat den Herrn, doch gleich mit ihm in den Stall hinüberzukommen, eines der Pferde sei plötzlich krank geworden; es weigere sich zu fressen und habe augenscheinlich Fieber.

Aeußerlich behielt Werner seine Ruhe bei und verabschiedete sich höflich bei Maria, ehe er dem Knecht folgte. Sie merkte ihm aber doch an, daß ihn diese Nachricht stark erregte, und noch im Fortgehen hörte sie, wie er fragte: „Es ist doch sofort zum Tierarzt geschickt worden?"

Welche Besorgnis! — Es handelte sich ja auch um ein Pferd; nicht etwa um einen armen Menschen, dachte sie bitter.

Auch Ilse war bei der Nachricht gleich zu den Ställen hinübergeeilt. Sie kam zwar bald zurück, war aber nervös und aufgeregt.

Der Tierarzt war nicht gleich zu haben; er war auf ein benachbartes Gut geholt worden, und nun hieß es, sich in Geduld zu fassen.

Endlich, gegen sieben Uhr, kam der Gewaltige, und es begann ein aufgeregtes Rennen und Laufen zwischen dem Wohnhaus und den Ställen.

Dem jungen Mädchen tat das arme Tier zwar auch leid, doch war ihm die große Aufregung unbegreiflich.

Sie stand allein auf der Veranda, als der Landrat endlich von den Ställen herüberkam in Begleitung eines kleinen, dicken Mannes, der den Eindruck eines bäuerlichen Gutsbesitzers machte. Es war der Tierarzt, der den Erfolg seiner ersten Maßnahmen abwarten wollte.

In aller Eile wurde eine provisorische Mahlzeit serviert, denn sogar die gewohnte Teestunde war infolge der Aufregung heute überschlagen worden.

Der kleine, dicke Mann sprach lebhaft und viel. Er war offenbar von dem Gefühl seiner Unentbehrlichkeit durchdrungen und Maria sah, wie es bei seinen derben Reden und Ausdrücken öfters nervös um den Mund des Hausherrn zuckte, während er sich offenbar Mühe gab, durch zuvorkommendes und höfliches Benehmen sich die Gunst des einzigen Tierarztes auf verschiedene Meilen in der Runde nicht zu verscherzen. Auch Ilse schien die Wichtigkeit der Mission dieses Mannes anzuerkennen; so viele Verstöße gegen die gute Sitte er auch beging, nicht der Schatten eines Lächelns huschte über ihr Gesicht.

Das Pferd wurde gesund und alles ging wieder seinen gewohnten Gang.

Als Maria an einem der nächsten Tage die Schneiderfamilie wieder besuchte, fand sie die Frau allein in sichtlich bedrückter Stimmung. Auf Marias teilnehmende Fragen wollte sie zuerst nicht mit der Sprache heraus, dann aber erzählte sie, daß ihr Mann seit ein paar Tagen angefangen habe zu trinken und seine Arbeit vernachlässige. Anstatt wie bisher fleißig zu schaffen, treibe er sich den ganzen Tag in der Stadt herum.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300422-10/fragment/page=0002

Unglaubliche Strafanträge in Bromberg.

Die Anträge des Staatsanwalts im Deutschtumsprozeß.

Im Deutschtumsprozeß in Bromberg beantragte nach dreistündiger Anklagerede unter ungeheurer Spannung der Zuhörer der Staatsanwalt folgende Strafen gegen die Angeklagten: gegen Studienrat Heidelk zweieinhalb Jahre Zuchthaus, gegen den Botaniker Krause ein Jahr neun Monate Zuchthaus, gegen Rittergutsbesitzer von Witzleben und Geschäftsführer Jenner ein Jahr einen Monat Zuchthaus, gegen Dr. Scholz zwei Jahre zwei Monate Zuchthaus, gegen Schmidt zweieinhalb Jahre Zuchthaus, gegen Fräulein Teiler ein Jahr Gefängnis und ein Jahr Festung, gegen Dobbermann ein Jahr drei Monate Gefängnis, gegen Ahrendt ein Jahr Gefängnis, gegen Dr. Winkelhausen zehn Monate Gefängnis. Mildernde Umstände sollen den Angeklagten versagt werden.

Diese über alles Erwarten schweren und ganz unverständlichen Strafanträge lösten in dem überfüllten Sitzungssaal große Erregung aus. Der Gerichtshof beschloß zunächst eine Vertagung.

Flugzeugkatastrophen.

Sechs Todesopfer.

Unweit Graudenz stürzte ein polnisches Militärflugzeug, das nach einem Übungsflug im Gleitflug niedergehen wollte, aus etwa 800 Metern Höhe ab. Der Führer des Flugzeuges wurde auf der Stelle getötet, der Begleiter trug so schwere Verletzungen davon, daß er bald darauf im städtischen Krankenhaus in Graudenz verstarb.

Ein Flugzeug, das von Albany nach Newark unterwegs war, stürzte, nachdem es Jersey City in 30 Meter Höhe überflogen hatte, über der in der Nähe der Stadt gelegenen elektrischen Kraftstation ab und geriet in Brand. Drei Passagiere, darunter der Präsident des Internationalen Luftfahrtverbandes, Graf de la Vaulx, und der Pilot wurden getötet. Die Leichen waren bis zur Unkenntlichkeit verbrannt.

Unwetter in aller Welt.

Großer Sachschaden und Todesopfer.

Bayern wurde in den Tagen vor Ostern von heftigen Unwettern heimgesucht. Infolge des anhaltenden Regenwetters sind in mehreren Gegenden des Landes Überschwemmungen und sonstige Wetterschäden eingetreten. Im bayerischen Allgäu hat es sehr stark geschneit. Auf verschiedenen Linien mußte der Postautoverkehr völlig eingestellt werden und teilweise mußten die Postautos auf halbem Wege wieder umkehren. Auch der Zugverkehr wurde stellenweise lahmgelegt.

Aus Catania in Italien wird berichtet, daß durch einen Erdrutsch beim Bau eines Hauses zwei Arbeiter getötet und zwei lebensgefährlich verletzt wurden. Man nimmt an, daß das Unglück durch den starken Regen der letzten Tage hervorgerufen wurde. Die schweren Gewitter, die übr ganz Italien niedergingen, haben in der Nähe von Florenz zwei Todesopfer gefordert, die vom Blitz erschlagen wurden.

Hochwasser und Unwetter.

Starker Schaden angerichtet.

Infolge starker Regenfälle führt der Neckar Hochwasser und steigt rasch weiter. Auch Kocher und Jagst sind zu rasenden Wassern geworden und wachsen noch weiter an, weil das Regenwetter nicht aufhört. Auf dem in Bau befindlichen Stauwehr Neckargmünd drückte das Wasser eine eiserne Spundwand ein und überflutete ein Baufeld so rasch, daß die Arbeiter sich nur mit größter Mühe retten konnten. Auch am Stauwehr Neckarsteinach sind die Baugruben völlig vollgelaufen.

Auch die Donau und ihre Nebenflüsse führen erhebliches Hochwasser. Sie sind in den letzten Tagen um anderthalb Meter gestiegen. Die anliegenden Fluren und Ortschaften wurden zum Teil überschwemmt, und der gesamte Personen- und Postautoverkehr mußte in ganz Schwaben eingestellt werden. Auch die Alpengewässer steigen schnell.

Mehrere Provinzen in Spanien sind von einem schweren Unwetter heimgesucht worden. In Bilbao schlug der Blitz zweimal ein; zwei Kirchtürme wurden beschädigt. In verschiedenen Orten fällt Schnee, die Flüsse der Provinz Navarra sind im Steigen begriffen.

Einsturzkatastrophen.

Zahlreiche Tote.

Auf dem Erweiterungsbau der Firma Gebr. Horst in Stettin ereignete sich beim Kellerausschachten ein Einsturzunglück, das zwei Arbeitern das Leben kostete. Die Arbeiter der Nachtschicht waren damit beschäftigt, an den ausgeschachteten Stellen Versteifungen anzubringen, als das Erdreich plötzlich einstürzte. Zehn Leute konnten sich durch einen Sprung retten, die beiden Arbeiter Samnitz und Kramp aus Stettin wurden jedoch verschüttet und konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Der im Bau befindliche 36 Meter hohe stählerne Funkturm Buenos Aires stürzte während eines Orkans ein. Dabei wurden fünf Personen getötet und eine schwer verletzt.

Brandkatastrophe beim Gottesdienst.

100 Menschen im Feuer umgekommen.

Die ganz aus Holz gebaute Kirche der Gemeinde Cotesci in Rumänien ist während des Karfreitagsgottesdienstes in Flammen aufgegangen. Dem furchtbaren Brandunglück fielen 100 Menschen, Männer, Frauen und Kinder, zum Opfer. Der Brand soll durch eine der brennenden Kerzen verursacht worden sein, die die Gläubigen in Rumänien während des Festgottesdienstes in den Händen halten. Das hundertjährige hölzerne Gebäude war in wenigen Augenblicken in Flammen gehüllt. Die Tür, die sich nach innen öffnete, fiel zu und konnte infolge des Ansturms der Flüchtenden nicht mehr geöffnet werden. Es spielten sich die entsetzlichsten Panikszenen ab. Die Priester im Ornat versuchten vergebens, die tobende Menschenmasse zur Besinnung zurückzurufen, bis sie schließlich selbst vom Rauch erstickt wurden und, von den Flammen erfaßt, zu Boden sanken. Nur drei Personen vermochten sich zu retten und Hilfe herbeizuholen. Da die Kirche außerhalb des Dorfes lag, war von der Katastrophe nichts bemerkt worden. Als Feuerwehr und Rettungsmannschaften aus der benachbarten Stadt Pitesci eintrafen, war die Kirche nur mehr ein rauchender Trümmerhaufen, unter dem hundert Leichen lagen.

Der Kirchenbrand in Rumänien.

Die Zahl der Toten unbekannt.

Nach weiteren Meldungen über den großen Kirchenbrand in Cotesci ist es keinem Besucher der Kirche gelungen, sich vollkommen unverletzt zu retten. Die drei jungen Leute, die angeblich heil davongekommen sein sollen, sind unweit der Kirche tot zusammengebrochen. Die erste Mitteilung über die Katastrophe stammt von einem Mädchen, das in der Kirche gewesen sein soll. Die Kirche befindet sich etwa ein halbes Kilometer außerhalb des Ortes. Die einzige in die Kirche führende Tür war nur nach innen zu öffnen, so daß sie von den hinauseilenden Besuchern zugedrückt wurde. Die Behörden geben über die Katastrophe keine Auskunft. Die Anzahl der Toten steht noch nicht genau fest.

110 Opfer der Brandkatastrophe von Cotesci sind Montag in vierzig Gemeinschaftsgräbern beigesetzt worden. Die Angehörigen jeder Familie wurden jeweils in ein gemeinschaftliches Grab gebettet. Das Totenamt zelebrierte der Bischof von Arges. Über zehntausend Personen, die aus der näheren und weiteren Umgebung zusammengeströmt waren, wohnten der Feier bei.

Erbeben in Griechenland.

Zahlreiche Personen verletzt.

Viele Teile Griechenlands sind von einem starken Erdbeben heimgesucht worden, so besonders Athen, der Pelopones und Euböa. Das Epezentrum des Erdbebens befand sich zwischen Methana und Aegina. In Isthmia stürzte an einer Kirche ein Pfeiler ein, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. In Sparta wurde die Kuppel einer Kirche zum Einsturz gebracht. Auch in Tripolis und Megalopolis wurde das Erdbeben verspürt. Überall wurden die Einwohner von Panik ergriffen. In den Kirchen von Piräus wurden infolge der Panik mehrere Personen verletzt. Aus der Provinz Corinthia wird berichtet, daß in den Dörfern eine Anzahl Häuser eingestürzt ist.

Explosionskatastrophe infolge Blitzschlags.

38 Tote.

Aus der portugiesischen Kolonie Macao wird gemeldet, daß durch Blitzschlag in einer Fabrik auf der Insel Taipa eine Explosion hervorgerufen wurde. 38 Arbeiter sind getötet worden.

Die Philippinen von einem Taifun heimgesucht.

Newyork. Wie aus Manila (Philippinen) gemeldet wird, wurde die Insel Leyte von einem schweren Taifun heimgesucht, wodurch Tausende von Personen obdachlos wurden. Die Zahl der Toten und Verletzten konnte noch nicht ermittelt werden. Insgesamt wurden vierzehn Ortschaften, darunter die beiden an der Ostküste gelegenen Städte Dulag und Tolosa, vollständig zerstört.

Riesenbrand auf den Philippinen.

Newyork. Nach einer Meldung der „Associated Preß" aus Manila sind bei einem in einer Schneidemühle in Cadiz auf der Philippineninsel Negros ausgebrochenen Feuer zwanzig Menschen ums Leben gekommen; fünftausend Personen sind obdachlos.

Das fidele Gefängnis.

Untersuchungsgefangene auf Vergnügungsurlaub.

In der „Fledermaus" von Johann Strauß erlebt man ein sehr fideles Gefängnis, in welchem allerlei Ulk getrieben wird. Ganz so fidel zwar ist es in dem Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit nicht zugegangen, aber immerhin doch so, daß vier Strafanstalts-Oberwachtmeister auf der Anklagebank Platz nehmen mußten, weil sie zwei Untersuchungsgefangenen, die jetzt mitangeklagt waren, während der Haft allerlei Freiheiten gewährt hatten, die man Häftlingen sonst nicht zu gewähren pflegt.

Die beiden Untersuchungsgefangenen bekamen von Zeit zu Zeit „Ausgeherlaubnis", um geschäftliche Angelegenheiten erledigen zu können. Jeweils von zwei Oberwachtmeistern begleitet, durften sie die Strafanstalt für einen Tag verlassen, mit der Verpflichtung, sich zu einer bestimmten Stunde wieder im Gefängnis einzufinden. Während des Urlaubs nun gingen sie wiederholt mit ihren Wachtmeistern in die Kneipe, labten sich ausgiebig an Speise und Trank, spielten hin und wieder einen soliden Skat, gingen manchmal auch ohne die Wachtmeister ihren Geschäften nach, kehrten nicht rechtzeitig in ihre Zellen zurück und sollen auch den Versuch gemacht haben, vertrauliche oder trauliche Zusammenkünfte mit guten Freundinnen zu verabreden. Daß sie die Beamten bestochen hätten, konnte nicht nachgewiesen werden.

Während einer der Beamten und die beiden ehemaligen Untersuchungsgefangenen freigesprochen wurden, wurden die drei anderen Beamten zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß sie Bewährungsfrist erhalten. Die Gefängnisfidelität hat also ein nicht ganz fideles Ende genommen.

Der „Generaldirektor" des Heimstättenbundes Halle verhaftet.

Die hallische Staatsanwaltschaft ließ den Gründer und bis vor kurzem auch Generaldirektor des Heimstättenbaubundes Halle, den erst 29 Jahre alten Peter Terhorst in Haft nehmen. Vor drei Jahren war Terhorst als Gummibandreisender nach Halle gekommen und hatte einen Bauverein gegründet, diesen in eine Genossenschaft und schließlich in den Heimstättenbaubund umgewandelt und hatte dabei. u. a. das Vereinsvermögen so spurlos verschwinden lassen, daß heute noch nicht nachzuweisen ist, wo es geblieben ist. Außer dem Heimstättenbaubund gründete Terhorst auch noch die Spar- und Kreditbank G. m. b. H. in Halle und richtete überall in Deutschland Zweigniederlassungen ein. Die Gesellschaft baute auch wirklich und schuf und finanzierte innerhalb von zwei Jahren außer einem großen Wohnblock in Halle nicht weniger als 70 Eigenheimbauten. Daneben aber mißbrauchte Terhorst seine Gründungen zu unsauberen und undurchsichtigen Geschäften zu seinem eigenen Vorteil und schädigte dadurch den Bund aufs schwerste, sodaß er zu Jahresanfang des Amtes enthoben wurde. Die Staatsanwaltschaft, die die Untersuchung des aufsehenerregenden Falles übernommen hatte, hat jetzt wegen der Schwere der Verfehlungen die Verhaftung des Terhorst angeordnet.

Milchgefäße müssen immer sauber sein!

Wenn Sie IMI im Haus haben, haben Sie damit keine Last. In heißem Wasser gelöst, entfernt IMI jede Verunreinigung, tötet Krankheitskeime und säubert Kannen und Flaschen so gründlich, wie es bisher nicht möglich war. Die Milch bewahrt ihren natürlichen Wohlgeschmack und hält sich besser in IMI gespülten Gefäßen. Sie sollten aus gesundheitlichen Gründen überhaupt jedem Spülwasser IMI zugeben. IMI löst Schmutz und Fett viel besser und schneller und sorgt vor allem für absolut keimfreies, appetitliches Geschirr. Nehmen Sie immer

1 EßLöffel IMI auf 10 Liter = 1 Eimer heißes Wasser

IMI

Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken

1335/30 S

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300422-10/fragment/page=0003

Lokales und Provinzielles.

Tags darauf.

Tags darauf, das ist, wie man sich denken kann, der Tag nach den Feiertagen, der Tag, an dem wieder die Arbeit beginnt, der Tag, der hinüberleitet von Festrausch und Festtrubel zu nüchterner, praktischer Tätigkeit, aber auch zu neuen Festen; denn Pfingsten ist nicht allzufern; eine kleine Atempause nur, dann sind die sieben Wochen um. Kehren wir jedoch rasch noch einmal zum „Festrausch" und zum „Festtrubel" zurück. Viele werden, wenn sie aufrichtig sind, sich selbst oder den anderen gestehen müssen, daß es ein „gedämpfter" Rausch war: das Wetter nicht allzu lenzlich und die Stimmung nicht allzu rosig, weil doch die obligaten „schlechten Zeiten" ihre Schatten werfen und über das bißchen Sonne, das wir so gut brauchen können, hinhuschen. Aber trotzdem: Feiertag ist Feiertag, und wir zehren davon noch lange, selbst wenn wir längst schon wieder mit beiden Füßen im Werkeltag stehen und scharwerken. „Schön war's doch," sagt man, „und schade, daß es so wenig Festtage gibt!" Selbst die Hausfrau, die das Verdienst hat, durch ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit — denn es will ja alles planvoll überlegt sein — für die harmonische Gestaltung des Festes mehr getan zu haben als die anderen Familienmitglieder zusammen, selbst die Hausfrau ist zufrieden, ja, sie ist sozusagen noch zufriedener als zufrieden. Erstens war — und in dieser Überzeugung geht die ganze Familie „konform" — alles außerordentlich gelungen, so daß sie hohes Lob erntet, und zweitens konnte sie, die sich jede Woche sieben Tage hintereinander plagen muß und nie die Hände feiernd in den Schoß legen darf, endlich einmal ein klein wenig mitfeiern, ein bißchen länger schlafen und wenigstens am zweiten Feiertag „die Arbeit niederlegen". Aber nun, ie gesagt, ist alles wieder in der alten Ordnung, das heißt: in der Alltagsordnung mit Geldverdienenmüssen und Arbeit innerhalb und außerhalb des Hauses. Immerhin: Pfingsten ist in Sicht, und wenn auch die Spanne zwischen den beiden Frühlingsfesten nicht so klein ist, daß man die ganze Zeit nonchalant als „zwischen den Festen" bezeichnen könnte, als eine Zeit, in der sich die Arbeit eigentlich gar nicht mehr lohnt, so kann man doch wenigstens hoffen, recht bald wieder in Feststimmung zu geraten und hoffentlich bei soliderem Wetter!

— **Zum Schulbeginn.** Das Schuljahr beginnt! Die meisten Schüler werden diese Tatsache gerade in diesem Jahre nicht mit besonderer Freude vermerken. Der Schulbeginn rückt diesmal zu dicht an das Osterfest heran das mit all seiner Freude der Höhepunkt der Ferien war. Aber gegen die „höheren Gewalten" — Sternenlauf, Regierung und Provinzialschulkollegium — die für die Festsetzung der Ferien entscheidend waren, kann auch der heftigste Schüler-Unmut nichts machen. Und so müssen sich denn alle, ganz gleich, ob sie es mit Freuden oder nur mit Murren oder Unbehagen tun, zum ersten Schulgang im neuen Schuljahr rüsten. Es dürfte aber gut sein, wenn auch die Mißmutigen sich bald entschlossen, ihren Groll über allzuschnell verflogene Ferien zu vergessen. Ohne Lust und Liebe zur Sache läßt sich auch in der Schule, oder vielleicht gerade in der Schule nichts schaffen. Das ist aber die entscheidende Frage, vor die Schule und Schüler mit jedem neuen Schuljahr gestellt sind: Werden wir wieder ein Stück vorwärts kommen? Ein Jahr Verlust ist in der Jugend bald verschmerzt, aber schwer wiegt es später einmal im Lebensberuf.

—* **Kino-Schau.** Auf Grund des außergewöhnlich starken Erfolges und mit Rücksicht darauf, daß am 1. Osterfeiertag viele Besucher keinen Einlaß mehr finden konnten, gelangt heute abend 8½ Uhr im Lichtspielhaus „Neue Welt" nochmals das Filmwerk „Die weiße Hölle vom Piz Palü" zur Vorführung. Bei verstärktem Orchester durch das beliebte M. Rohr'sche Konzerttrio und ermäßigten Eintrittspreisen zu 40, 60 und 80 Pfennig ist hiermit jedermann letztmalig Gelegenheit geboten, sich dieses unvergeßliche Filmwerk anzusehen.

Waltersdorf, 19. April. Der kleine Elsterdurchstich zwischen der Brücke und dem oberhalb gelegenen Kiefernwäldchen ist fertiggestellt worden. Die Fertigstellung der Arbeiten bis Cremitz, dürfte nur noch eine Frage von Wochen sein. Die Veränderungen im Flußlauf der Elster sind auch von einschneidender wirtschaftlicher Bedeutung für die anliegende Landwirtschaft. Zwischen Premsendorf und Waltersdorf werden sich vor allem bessere Vorflutverhältnisse ergeben. Die stillen Elsterarme werden ein ergiebiges Fischwasser darstellen. Die Entwässerung der Wiesen im Altland wird durch einen Graben dauernd gesichert. Viele Wiesen sind durch den Durchstich von den bisher zugehörigen Grundstücken abgetrennt und müssen durch neue Ueberfahrten wieder verbunden werden. — Der Ort Waltersdorf wird noch durch einen neuen Deich vor Ueberschwemmungen geschützt werden.

Schmiedeberg. (Der verhaßte Gerichtsvollzieher.) Bei einer Witwe in Steinseiffen, die dem Gerichtsvollzieher schon länger durch Verschließen der Tür und Verstecken „eine Nase gedreht" hatte, wurde die Tür durch einen Schlosser geöffnet. Die Witwe, die früher den Landjäger mit der Düngergabel bedroht hatte, wurde festgenommen und nach Schmiedeberg geschafft.

Coswig. Vermißt wird seit Freitag die Frau des Buchdruckermeisters F. Sie hatte den 10.30 Uhr Zug nach Dessau benutzt und keine weitere Nachricht hinterlassen. Die Schwester der Frau F, die am Sonnabend früh die Post abholte, fand von ihr einen an sie gerichteten Brief unter den Postsachen. Die Dessauer Polizei entdeckte ungefähr zur gleichen Zeit am Kornhaus einen Hut, Mantel, Handtasche und Handschuhe, die, wie sich herausstellte, Eigentum der Frau F. sind. So kann als sicher angenommen werden, daß die Frau aus dem Leben geschieden ist.

Roitzsch. (Deutscher Spinat kommt nicht in Betracht.) Ein hiesiger Landwirt hatte ungefähr 20 Zentner Spinat abzugeben. Nach verschiedenen vergeblichen Angeboten nach auswärts kam er auf den Gedanken, sich an die Gartenbauzentrale A.-G. in Berlin zu wenden. Auf Anfrage erhielt er den Bescheid, daß der Bedarf reichlich aus Holland gedeckt sei und inländischer Spinat nicht in Betracht käme.

Aken (Elbe). (Durch Rehe verunglückt.) Als der Jagdpächter Zeeck aus Dessau mit seinem Auto zur Jagd in den Diebziger Forst fahren wollte, sprang plötzlich ein Rudel Rehe vor ihm aus dem Walde und wollte die Straße überqueren. Zeeck wollte ihnen ausbiegen und fuhr dabei in den Graben. Der Wagen schlug um und begrub Zeeck unter sich, der außer einer Gehirnerschütterung zwei Unterschenkelbrüche davontrug.

Gardelegen. (Tödlicher Unfall.) Die Pferde eines Landwirts aus Jäveritz scheuten vor einem Lastauto und gingen durch. Dabei fiel der Landwirt und ein neben ihm sitzender 10 Jahre alter Junge vom Wagen. Während der Landwirt nur leicht verletzt wurde, wurde der Junge so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Tangermünde, 15. April. (Der Ofen als Sparkasse.) Eine hiesige Einwohnerin benutzte den Ofen ihrer guten Stube, weil er fast gar nicht geheizt wurde, als Aufbewahrungsort für ihr gespartes Geld. Als aber eines Tages Besuch kam, wurde der Ofen doch geheizt, und die Frau benutzte zusammengewickeltes Papier aus dem Ofen zum Feueranmachen. Dabei hatte sie aber vergessen, daß sie gerade in diesem Papier vier Zwanzigmarkscheine im Ofen versteckt hatte. Sie erinnerte sich erst hierauf, als das Papier schon lustig brannte. Rasch griff sie noch zu, aber die Scheine waren schon halb verkohlt, uud da die Nummern der Banknoten schon ziemlich unkenntlich geworden sind, dürfte die Frau bei der Einlösung der Noten bei der Reichsbank auf Schwierigkeiten stoßen.

Wien, 16. April. (22 Selbstmordversuche an einem Tage). Am Dienstag haben 22 Menschen Selbstmordversuche unternommen. 9 ist dieses Vorhaben gelungen, die anderen 13, von denen die meisten aus Not oder Krankheit gehandelt haben, hat man dem Leben erhalten können. Es stellt das einen Selbstmordrekord an einem Tage in Wien dar.

Markt-Kalender.

25. April: Schweinem. in Linda, Schweinem. in Dommitzsch.
29. April: Schweinem. in Schweinitz, Schweinem. in Falkenberg.
30. April: Schweinem. in Jessen.

Auf vielseitigen Wunsch!
Lichtspielhaus (Neue Welt)
Heute Dienstag 8½ Uhr letztmalig!

Das unvergleichlich schöne Filmwerk:
„Die weiße Hölle vom Piz Palü".

Ermäßigte Eintrittspreise!
40, 60 und 80 Pf.
Verstärktes Orchester! Klavier, Cello, Geige

Acker-Verpachtung.
Am 26. d. Mts., nachmittags 4 Uhr findet im „Bürgergarten" die
Verpachtung der Pfarräcker
(Fenne, Schlößchen, Hutungsplan und Servitutsplan) statt. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.
Der Gemeindekirchenrat.

Landwirtschaftliche
Maschinen und Geräte,
als: eis. Eggen, Schwung- und Karren-Pflüge, einzelne Räder, Kultivatoren, Reinigungs-Maschinen, Grasmähemaschinen, Dreschmaschinen, Sämaschinen, Motore, Transmissionen.
Ersatzteile und Reparaturen aller Fabrikate.
Wilhelm Grahl.

Gärtnerspaten u. -Schippen, Baumsägen und -Scheren, Dung- und Erntegabeln, Gartenhäckchen, Guanostreukörbe u. eis. Rechen, Kupfer- u. Eisenkessel, Stehleitern in verschiedenen Größen, Maschen-, Spann- u. Stacheldraht, Pferde-, Kuh-, Hunde- u. Ziegen-Ketten, verz. Biehmaulkörbe, Striegeln, Kardätschen und Mähnenkämme
Handleiterwagen in allen Größen
J. G. Fritzsche.

Großes Tonwarenlager!
Tonröhren, 10—40 cm Durchmesser
Krippenschalen, alle Größen
Schweinetröge, alle Größen u. Formen
Ferkeltröge, alle Größen und Formen
Pökel-, Gurken- und Wasserfässer
empfiehlt
Wilhelm Kunze.

Alle Schulbücher
für Annaburg und Naundorf sind vorrätig.
Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Kaufen Sie Ihren Kindern für die Schule vor allem eine gesunde, bequeme u. praktische Kleidung: wählen Sie Bleyle-Kleidung.
Bleyle-Mädchenkleid „Ilse" für 8—9 Jahre Mk. 18.70
Bleyle-Weste „Hans" für 8—9 Jahre Mk. 14.40
Bleyle-Sweateranz. „Horst" für 6—7 Jahre Mk. 28.25
Carl Quehl.

Kaffeefiltrierpapier „Melitta"
(geschnitten, in Kartonpackung), empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Papierhandlung.

Der Deutsche Rundfunk
hat seinen Programmteil wieder um 8 Seiten erweitert!
nach wie vor die Zeitschrift mit dem ausführlichsten Funkprogramm der Welt!
Jede Woche 80 Seiten für 50 Pf. - Monatsbezug RM 2.–
Bestellen Sie beim Postamt oder Buchhandlung
Probeheft umsonst v. Verlag Berlin N 24

Fußboden-Lackfarben
weiß. Emaillelack
Ofen- u. Fahrrad-Lack, Firnis
Terpentinöl
Sichelleim
Erd- u. Oelfarben
aller Art empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Rippentabak
½ Pfd. 25 Pfg.,
Rippen mit Blatt
½ Pfd. 50 Pfg.,
Shag-Tabak
von 30 Pfg. an
Shag-Pfeifen
von 50 Pfg. an, empfiehlt
Louis Hofmann

Wäscheleinen
Klammern
Haarbesen
Abtreterdecken
Tragbänder
empfiehlt
Franz März
Markt 19

Füllfeder-Tinte
ist wieder eingetroffen.
Ferner empfehle
Füllfeder-Tinte mit Sauger
zum Einfüllen in den Füllfederhalter.
Herm. Steinbeiß.

Kanarienfutter
empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Frauen-Verein
Donnerstag, 24. April, bei Luschmann.

Heute abend:
der Montags-Klub Kegeln.
Stadt Berlin.

Gelber
Schäferhund
mit schwarzer Decke entlaufen. Abzugeb. gegen Belohnung bei Ullrich, Niederestraße 18.

Pinsel
Plafondbürsten
Scheuerbürsten
Schrubber
Haarbesen
Handfeger
empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Alle Farben
Trocken-, Oel-, Wasserfarben sowie: Lack u. Leinölfirnis, flüssigen und trockenen Sichelleim Bernst. Fußbodenfarbe in Büchsen. Alle Oelfarben werden von fachmänn. Hand zurecht gemacht.
Franz März, Markt 19.

Brief-Ordner Schnellhefter
in Quart- und Folioformat empfiehlt
H. Steinbeiß.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300422-10/fragment/page=0004

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen,
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 48. **Dienstag, den 22. April 1930.** **33. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Alsbald nach den Osterfeiertagen **beabsichtigt der französische** Außenminister Briand einen Fragebogen **über seine** Idee des europäischen **Zusammenschlusses an die Staaten zu** versenden.

* Schwere Unwetter in Bayern **und auch in anderen Ländern** haben großen Schaden verursacht.

* Der verhaftete Kaufmann von Wilamowitz-Möllendorff **hat** ein Geständnis dahin abgelegt, die Vorbereitungen **zu den** Attentatsversuchen in Oldesloe und Neumünster **geleitet zu** haben.

* Bei einer Brandkatastrophe in einer rumänischen Dorfkirche fanden 100 Menschen den Tod.

Bedrohliche Klippen.

Schon bald nach Ostern wird es politisch wieder „losgehen“. Denn kurz vor den Feiertagen hat sich noch allerhand ereignet oder vorbereitet, was nach schneller Erledigung drängt. Und was Stoff genug für mehr oder minder scharfe Auseinandersetzungen abgeben wird. Man braucht nur anzudeuten: Panzerkreuzerfrage, deutschnationale Vorstandssitzung, Streit um den Etat. Aber auch außenpolitische Konfliktsstoffe sind zur Genüge vorhanden: Handelsvertrag mit Polen, das jetzt beim Völkerbund in Genf gegen die jüngsten deutschen Zollerhöhungen auf Agrarerzeugnisse protestiert hat, außerdem die nun schon fast ein halbes Jahr währenden, einer Entscheidung entgegenstrebenden Verhandlungen über das Saargebiet.

Das zeitlich nächstliegende Ereignis ist die zum Freitag nach Ostern einberufene Vorstandssitzung der Deutschnationalen Volkspartei. Man will offenbar ein Weiterschwären der Krise — deren Vorhandensein von keiner Seite bestritten wird — irgendwie verhindern. Für oder gegen den bisherigen Führer und den von ihm im Reichstag wie außerhalb verfochtenen und verfolgten politischen Kurs, Haltung der Partei bzw. der Reichstagsfraktion gegenüber der Regierung Brüning, Stellung zum Reichslandbund und noch einiges andere, mehr [illegible] einandersetzung[illegible]lbst, darüber h[illegible]ung der innenp[illegible]oßer Bedeutun[illegible]ationalen Reichst[illegible] früheren Partei[illegible]mmungen im Rei[illegible]d seiner Politik[illegible]ß es also zur Au[illegible]war auch dann, [illegible]r schließt. Glaubt[illegible]aran, erst im Fr[illegible]ach vierjährige[illegible] doch in allernä[illegible]anzerkreuz[illegible] nur sehr schwer [illegible]

Un[illegible]hrwasser: der de[illegible]a g. Hierüber t[illegible]Mehrheit, von de[illegible] gehoben wurde.[illegible]etung sich gleichf[illegible]Handelsvertrag[illegible] das Abkomme[illegible]arin beschlosse[illegible]der bisherigen[illegible]hung der Handel[illegible] aufzufassen;[illegible] berühren den W[illegible]Polen nur wenig.[illegible]vieler Beziehun[illegible]at außerdem in der Zeit vor der Genfer Zollkonferenz und noch während dieser seine Zölle sogar bis zum Einfuhrverbot für bestimmte Warengruppen gesteigert, Bestimmungen, die übrigens von Deutschland in dem Entwurf des Handelsvertrages mit Polen anerkannt worden sind. Gerade hierin liegt auch der Grund für den Widerstand, der in manchen deutschen Kreisen dem Vertrag entgegengebracht wird.

Ein derartiger Widerstand hat sich auch schon geltend gemacht gegen den Verlauf, den die Saarverhandlungen zu nehmen scheinen. Trotz ihrer vielmonatigen Dauer ist man aber zu grundlegenden Beschlüssen noch nicht gekommen, denn — jeder Tag arbeitet für Deutschland. Bekanntlich müssen wir den Franzosen die Kohlengruben im Saargebiet wieder „abkaufen“ und der Preis hierfür wird von einer gemischten Sachverständigenkommission festgesetzt werden. Aber der eigentliche Streitpunkt liegt darin, daß Frankreich das Saargebiet zollpolitisch in dem bisherigen Zustand bis 1935 belassen wissen will, also als einen Teil des französischen Zollgebiets begleitet von einer Reihe von Bevorzugungen, die die Ausfuhr saarländischer Waren nach Deutschland erfährt. Und dann, nach 1935, soll Frankreich für Exporte nach dem Saargebiet gleichfalls eine zollpolitische Vorzugsbehandlung erhalten, ähnlich jener, die unsern westlichen Nachbarn bis zum 10. Januar 1925 eingeräumt war: Eine Durchbrechung der deutschen Zollhoheit also, der vorläufig von den Vertretern Deutschlands noch energisch widersprochen wird, ebenso wie dem französischen Verlangen, gewisse Verträge lothringischer Kohlenbergwerke über „Unter-Tag“-Ausbeutung saarländischer Kohlengruben auf viele Jahrzehnte hinaus in Geltung zu belassen.

Frankreich verlangt also von Deutschland ein weites Entgegenkommen dafür, daß man in Paris grundsätzlich geneigt ist, einer Rückgabe des Saargebiets vor dem 10. Januar 1935 zuzustimmen. Die deutsche Vertretung bei diesen Verhandlungen wird sich aber den Preis sehr genau ansehen, der von Deutschland dafür gezahlt werden soll. Darauf ist jedenfalls nicht zu hoffen, daß bei diesem Endstück der „Liquidierung des Krieges“ Frankreich seine Chancen nicht voll ausnützt, vielmehr auch hier nimmt, was es nur immer kriegen kann.

Die Hilfe für den Osten.

Kabinettsbeschlüsse bevorstehend.

Die Vorarbeiten für die in der Regierungserklärung **gemäß der Osterbotschaft des Herrn Reichspräsidenten in Aussicht** gestellte Ostvorlage sind soweit gediehen, daß **das Kabinett** alsbald nach Ostern über die notwendigen **gesetzlichen** Maßnahmen Beschluß fassen wird. Im **Vordergrund** werden Maßnahmen zur Erleichterung der **Kreditbeschaffung** für die Ostgebiete stehen, insbesondere **für die Umschuldung** landwirtschaftlicher Betriebe, ferner **werden Maßnahmen** zur Lastensenkung, zur Sicherung der **Erhaltung** landwirtschaftlicher Betriebe und zur Erleichterung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im **Osten** vorgesehen werden.

Bund zur Reichserneuerung.

Dr. Luthers Rücktritt.

Der Vorstand des Bundes zur Erneuerung des **Reiches** hat in einer besonderen Sitzung von der Niederlegung des Vorsitzes durch den zum Reichsbankpräsidenten ernannten Reichskanzler a. D. Dr. Hans Luther Kenntnis genommen. Er richtete an Dr. Luther die einstimmige Bitte, den Ehrenvorsitz des Vorstandes zu übernehmen.

Umfang der Arbeiten und Ausdehnung des Bundes über das ganze Reich lassen nach Meinung des Vorstandes für die Zukunft eine gewisse Arbeitsteilung nach sachlichen und regionalen Gesichtspunkten erwünscht erscheinen. Auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden Freiherrn von Wilmowsky wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes für das laufende Jahr Graf von Rödern (Hamburg) gewählt.

Der Zusammenschluß Europas.

Briands Fragebogen.

Der französische Außenminister Briand, der in diesen Tagen sein fünfjähriges Jubiläum als Außenminister begehen konnte, beabsichtigt in einigen Tagen, wenn die Ratifizierung des Young-Planes von allen Beteiligten vollzogen sei, den 26 europäischen Staaten den Fragebogen zu übersenden, den er im September vorigen Jahres als Beitrag zum Thema Zusammenschluß Europas in Aussicht gestellt hat.

Im Augenblick liege ihm, wie mitgeteilt wird, dies sehr eingehende Memorandum, das ganz präzise Fragen enthalte, zur Billigung vor, jedoch werde er vielleicht sogar das Kabinett befragen, bevor er dieses Dokument an die interessierten Mächte absende und es veröffentliche. Briand, der hierbei im Namen seines Landes spreche, müsse natürlich vorsichtiger vorgehen als alle diejenigen, die unbehindert durch politische und sonstige Erwägungen in Wort und Schrift für den europäischen Gedanken eintreten könnten. Nötig sei, daß bereits in diesem Jahre zuständige Delegierte der interessierten Länder eine Zusammenkunft abhalten. **Kein Land könne sich ihr entziehen aus dem einfachen Grunde, weil die, die dem Gedanken einer politischen Entente oder einer Föderalpolizei feindlich gegenüberständen, weil ihnen das europäische** Statut nicht gefällt, doch ein höheres Interesse an einer wirtschaftlichen Entente hätten.

Die Entscheidung liege, sagt der „Matin“, bei den beiden Gruppierungen, die sich in Locarno auf Grund des Sicherheitspaktes zusammengefunden hätten: der geographischen Gruppierung — Deutschland und seine Nachbarn — und der politischen — Frankreich und seine Alliierten. Die Nachbarn Deutschlands seien die Alliierten Frankreichs. Alle zusammen müßten sie in einem politischen und wirtschaftlichen Organismus die Grundlage des neuen Europa bilden, wenn dieses bestehen wolle.

Krise der Ostreparationsfrage?

Keine Lösung.

Die Pariser Blätter sprechen von einer neuen Krise in der Regelung der Ostreparationen. Der Überdruß über die schleppenden Verhandlungen sei bei den französischen, englischen, belgischen und italienischen Delegierten, die seit vier Monaten sich vergeblich bemühten, zwischen den Ungarn und der Kleinen Entente eine Einigung herbeizuführen, sehr groß. Jedesmal, wenn eine Teillösung erzielt worden sei, werde sie immer wieder durch neue von der ungarischen Delegation geschaffene Schwierigkeiten zunichte gemacht. Ungarn lehne jede Konzession ab und wolle auch in Zukunft ein dauerndes Beschwerderecht vor dem Gemischten Schiedsgericht erhalten. Die Lage sei jetzt derart, daß die Delegierten der Kleinen Entente sich bereits mit dem Gedanken befreundeten, auch die bisher schon erzielten Lösungen wieder preiszugeben.

Zum Ausgang der Flottenkonferenz.

Statt Abrüstung Dreimächtepakt.

Statt der erwarteten allgemeinen Abrüstung zur See hat die abgeschlossene Londoner Marinekonferenz nichts gebracht als den bekannten Vertrag zwischen den drei beteiligten Mächten Großbritannien, Amerika und Japan. Der wichtigste, noch nicht veröffentlichte Teil des Vertrages ist die „Sicherheitsklausel“, die von Großbritannien, Amerika und Japan unterzeichnet werden wird. Die Klausel gibt jeder der drei Mächte das Recht, ihr Bauprogramm nach angemessener Ankündigung zu erhöhen, wenn ihre Lage durch die Aktion einer vierten Macht bedroht wird.

Die offizielle Zustimmung der amerikanischen Delegation zum britischen Entwurf der Sicherungsklausel erfolgte in Gestalt einer Erklärung des Senators Robinson, worin es heißt: Die sogenannte Sicherungsklausel wird im allgemeinen vorsehen, daß, wenn während der Dauer des Vertrages die Erfordernisse der nationalen Sicherheit einer der drei Mächte nach Ansicht dieser Macht durch die Neubauten einer Nation berührt werden, die genannte Macht den anderen beiden das Maß und die Art der notwendigen Vermehrung ihrer Flotte mitteilen wird. Hierauf haben diese anderen Mächte das Recht, eine entsprechende Vermehrung in derselben Kategorie oder in denselben Kategorien vorzunehmen. — Also mit einem Wort: Möglichkeit der Aufrüstung.

Mitteldeutschland im Reichshaushalt.

Ausbau an der Elbe — Mittel für den Kanal

Der Reichshaushalt sieht für notwendige Bauten in Mitteldeutschland mehrere Posten vor. Für Verbesserung der Elbestrecke im Bezirk des Wasserbauamts Wittenberge sind 200 000 Mark, für den Neubau eines Deckwerks auf dem rechten Elbufer bei Dautzschen im Bezirk Torgau 95 000 Mark angesetzt; 300 000 Mark sind als erster Teilbetrag für den Durchstich des Kurzen Wurfs in der Elbemittellinie am Mazwerder vorgesehen, da der Kurze Wurf wegen der starken Krümmung große Gefahren für die Schiffahrt in sich birgt. Die Gesamtbauzeit ist auf vier Jahre vorgesehen, die Gesamtkosten auf rund 2,5 Mill. Mark. Für die Vollendung des Mittellandkanals sind wieder 18,5 Mill. Mark bewilligt.

Eine Reihe von Mitteln sieht auch der Etat des Reichswehrministeriums vor, so 34 000 Mark für einen Gleisanschluß auf dem Truppenübungsplatz Altengrabow, 127 000 Mark als Schlußbetrag für den Neubau eines Mannschaftshauses in der Rammelsbergkaserne in Goslar und 150 000 Mark für Um- und Ergänzungsbauten in der Enckekaserne in Magdeburg. — Das Finanzministerium schließlich hat u. a. 73 000 Mark für den Ankauf des Finanzamtsgebäudes in Köthen eingesetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300422-10/fragment/page=0005